



Partizipation. Zur Theorie und Praxis politischer Bildung in der Jugendarbeit. Hrsg. v. Verein Wiener Jugendzentren. Wien: Eigenverl., 2008. 174 S., € 12,10 sFr 21,20 (Bestellung: g.frisch@jugendzentren.at) ISBN 978-3-902014-08-5

Rezensiert von Walter Spielmann

Aktuelle Bücher zu Partizipation und Governance, vorgestellt im Auftrag des österreichischen Lebensministeriums für www.partizipation.at

Zukunftsgeneration ohne Perspektive?

Jugendliche – dies bestätigen persönliche Erfahrungen und aktuelle statistische Befragungen gleichermaßen – fühlen sich zunehmend als Ausgegrenzte, als Randgruppe in einer Gesellschaft, deren gegenwärtige (Fehl-)Entscheidungen sie zwar nicht zu verantworten, aber mitzutragen und morgen selbst zu schultern haben. Werden junge Menschen als zukünftig hauptverantwortliche Akteure angemessenen in die Gestaltung der Zukunft eingebunden? Lernen sie, Rechte und Pflichten gleichermaßen wahrzunehmen? Vor dem Hintergrund einer bis in das Gründungsjahr 1985 zurückreichenden Erfahrung widmet sich dieser vom „Verein Wiener Jugendzentren“ (VJZ) herausgegebene Band Fragen wie diesen in theoretischer und praktischer Annäherung.

Partizipation ist Grundrecht, nicht Gnade

Einleitend definiert Benedikt Sturzenhecker Bildung als einen „Vorgang durch den ein Individuum zu einer eigenen Wertorientierung und Lebensform kommt“ (S. 21), versteht politische Bildung als „...Prozess der Ausweitung mitverantwortlicher Selbstbestimmung“ und Partizipation „als Recht auf freie, gleichberechtigte und öffentliche Teilhabe der BürgerInnen, hier der Kinder und Jugendlichen, an gemeinsamen Diskussions- und Entscheidungsprozessen in Gesellschaft, Staat und Institutionen“ (S. 25). Es überrascht kaum, dass Partizipation (von Kindern und Jugendlichen) in der Praxis kaum so konzipiert und praktiziert wird; mehr noch: Junge Menschen werden kaum als Subjekte verstanden und unmittelbar in Diskurse eingebunden, sondern bestenfalls eingeladen, ihre Ansichten und Meinungen zu deponieren, über die dann andere entscheiden. Mit Blick auf das Partizipationsverständnis der EU gelangt der Autor zu der Auffassung, dass Partizipation – und das gilt keineswegs nur für Jugendliche – als paternalistische Gnade statt als Recht von Bürgerinnen und Bürgern/Subjekten konstituiert wird“ (S. 27). Um so mehr sei es Aufgabe der Jugendarbeit, demokratische Institutionen zu schaffen, in denen „Rechte und Regeln bekannt, einforderbar und gemeinsam veränderbar sein müssen“ (S. 30). Ähnlich argumentiert auch Albert Scherr, der die Herausbildung von „Demokratiekompetenz“ als zentrale Herausforderung von Einwanderungsgesellschaften benennt und dabei vor allem der „Diversity-Pädagogik“ einen zentralen Stellenwert einräumen will.

Jugendliche zu gesellschaftlicher Teilhabe befähigen

Während sich die Jugendforschung in den letzten Jahren vor allem der Politikdistanz und Parteienverdrossenheit ihrer Klientel versichert habe, sollte sich praxisorientierte Jugendarbeit darauf konzentrieren, „Jugendliche zu befähigen, die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Lebensführung und Lebensgestaltung zu begreifen“ und

ihren „sozialen Nahraum“ (Schule und Betrieb) aktiv mit zu gestalten (vgl. S. 39). Mit Verweis auf den Soziologen Karl Mannheim macht Lothar Böhnisch darauf aufmerksam, dass es wenig zielführend ist, Jugend als mehr oder minder fortschrittlich oder konservativ, politisch oder unpolitisch zu charakterisieren; aufgrund ihres Status in der Generationenfolge sei sie in erster Linie „zu Neuem bereit“. Wenn aber „unbefangenes Experimentieren“ in der gesellschaftlichen Praxis zum Risiko wird, ist es wenig verwunderlich, dass junge Menschen sich jenseits des traditionellen politischen Spektrums entweder im globalisierungskritischen oder im rechten Segment engagieren. Um hier glaubhaft und erfolgreich gegenzusteuern, müsste, so Böhnisch, der Jugend ein neuer „politischer Resonanzboden“ geboten werden, der soziale Teilhabe selbstverständlich macht und vor allem auch neue Formen von Arbeit ernsthaft diskutiert und erprobt. Dem politischen Auftrag der Jugendarbeit in der Bürgergesellschaft – Wolfgang Schwoer verweist auf die Notwendigkeit der Bereitstellung von sozialräumlichen Beteiligungs- und Teilhabespielräumen – sowie der politischen Bildungspraxis in der offenen Jugendarbeit sind die beiden abschließenden Beiträge des Theorieteils gewidmet.

Jugendprojekte - praxiserprobt und erfolgreich

Mit einem Bericht über das Schülerparlament „Word Up!“, das 2001 in Wien-Donaustadt initiiert und vom VJZ erfolgreich umgesetzt wurde, hebt der Praxisteil an, der insgesamt zehn Pilotprojekte engagierter Jugendarbeit aus Wien präsentiert. Jugendgerechte Themen – so zentrale Befunde zum erstgenannten Projekt, das auch in anderen Bezirken mit Erfolg umgesetzt wurde –, Informationsfluss, Verbindlichkeit, Transparenz und ein adäquates Setting seien unabdingbar, um Jugendparlamente erfolgreich und nachhaltig zu gestalten. Die Erprobung demokratiepolitischer Routinen, die Erfahrung, selbst gestalten zu können und die damit einhergehende Stärkung sozialer Kompetenz würden dabei, so der Berichtersteller, den Mehraufwand an Zeit und materiellen Ressourcen allemal rechtfertigen. Ob „be a part“, ein Projekt, mit dem 15-Jährige die ihre erste (politische) Wahl auf Gemeindeebene vorbereitet wurden, oder „Seitenwechsel“ – Jugendliche leiten ihr „Zentrum“ (begleitet von professionellen KollegInnen) selbst –, ob „clean politics – keine stimme für rassismus“ oder „Jugend ohne Arbeit“ – hier „probten junge Menschen die Folgen von Arbeitslosigkeit (von der sie zunehmend selbst betroffen sind) –, ob „See you Television“ – junge Menschen gestalten ihr eigenes Programm und sind damit regelmäßig auf Sendung – oder Stadtteilprojekte, bei denen Jugendliche in die Neugestaltung eines Sportplatzes eingebunden oder Mädchen eingeladen werden, öffentlichen Raum nach ihren Bedürfnissen zu gestalten: die Beispiele belegen, dass Jugendliche erfolgreich dann zu Werke gehen, wenn sie motiviert und mit ihren Anliegen auch ernst genommen werden.

Manches erreicht – vieles zu tun

Das – so sollte man meinen – müsste selbstverständlich, und Teil unserer demokratiepolitischen Praxis sein. Dass wir davon allerdings noch weit entfernt sind, verdeutlicht das im Anhang dokumentierte Positionspapier des VJZ zu Partizipation und gesellschaftlicher Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Wesentliche Forderungen sind die Verankerung der UN-Kinderrechtskonvention in der Verfassung, das Recht auf politische Teilhabe, das Recht auf Ausbildung, Beschäftigung und Grundsicherung, das Recht auf Freiraum sowie das Recht auf legalen Aufenthalt.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Dieser Band zeigt eindrucksvoll, dass mit Einsatz Beachtliches erreicht werden kann und dass noch viel zu tun bleibt.

ZITIERT

„Die Frage der gesellschaftlichen Teilhabe Jugendlicher ist unmittelbar mit ihrer Möglichkeit der Partizipation am Ausbildungssystem bzw. mit ihrer Integration am Arbeitsplatz verbunden. Selbstbestimmung und Anerkennung vermitteln sich über Arbeit und Ausbildung.“ (S. 17)

„Es geht nicht mehr um ein Moratorium, in dem Jugendliche Gesellschaft spielen sollen, sondern um soziale Teilhaberechte im Sinne von Bürgerrechten. Natürlich hat die Jugend - von ihren typischen Entwicklungsstatus her - immer noch eine Sonderstellung in der Gesellschaft. Diese wäre aber in der bürgerrechtlichen Partizipationsperspektive nicht mehr sozial unverbindlich – wie in der Figur des Moratoriums angelegt –, sondern in einen gesellschaftspolitisch verbindlichen Jugendsdiskurs eingebunden. Einen solchen bürgerschaftlich verstandenen Status der Jugend könnte man durchaus mit dem Begriff der *protectic autonomy* umschreiben.“ (S. 47)

„Politische Bildung ist als prozesshafte Auseinandersetzung zu verstehen, die darauf abzielt, Jugendliche zu befähigen, ‚sich eine eigene Meinung zu bilden‘.“ (S. 57)



Mehr Rezensionen finden Sie in **PRO ZUKUNFT**, dem seit 1986 von der Robert-Jungk-Bibliothek herausgegeben „Navigator durch die aktuellen Zukunftspublikationen“ mit jeweils ca. 50 vorgestellten Neuerscheinungen.